#### **Protokoll**

über die **Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2011/2016 am **Montag, dem 19.12.2011, um 18:00 Uhr**, im "Gasthof zum goldnen Anker" in Jeddeloh II.

## Teilnehmer:

## **Vorsitzender**

Axel Hohnholz

# **Bürgermeisterin**

Petra Lausch

# **Ratsmitglieder**

Thomas Apitzsch

Knut Bekaan

Kai Hinrich Bischoff

Jörg Brunßen

Hiltrud Engler

Hergen Erhardt

Heidi Exner

Dr. Hans Fittje

Melanie Greulich

Mark Gröber

Uwe Heiderich-Willmer

Erich Henkensiefken

Erhard Hennig-Weltzien

Uwe Hilgen

Josefine Hinrichs

Roland Jacobs

Enno Jeddeloh

Gerold Kahle

Jörg Korte

Klaus Laumann

Edo Linemann

Manfred Lüers

**Uwe Martens** 

Gundolf Oetje

Torsten Pophanken

MdL Sigrid Rakow

**Detlef Reil** 

Wolfgang Seeger

Freia Taeger

Theodor Vehndel

Frank von Aschwege

Egon Wichmann

## **Entschuldigt fehlt:**

Wolfgang Krüger

bis TOP 10

Von der Verwaltung

Kerstin Borm Gleichstellungsbeauftragte

Wilfried Kahlen Gemeindeoberamtsrat (GOAR) - nicht zu TOP

20.2 und 20.3

Petra Knetemann Gemeindeoberamtsrätin (GOAR) - nicht zu TOP

20.2 und 20.3

Nico Pannemann Gemeindeoberinspektor (GOI), zugleich als

Protokollführer - nicht zu TOP 20.2 und 20.3

Sven Temmen Gemeindeamtmann - nicht zu TOP 20.2 und 20.3 Rolf Torkel Gemeindekämmerer (GK) - nicht zu TOP 20.2

und 20.3

# **TAGESORDNUNG**

A. <u>Öffentlicher Teil</u>

1. Eröffnung der Sitzung

- 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder
- 3. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 4. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 07.11.2011
- 5. Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Anregungen und Beschwerden an den Rat
- 6. Personelle Änderungen in der Zusammensetzung von Fachausschüssen
- 7. Beschlussvorschläge aus dem Bauausschuss
- 7.1. Bebauungsplan Nr. 175 "Photovoltaik" auf dem Gelände der ehemaligen Raketenstation, Hübscher Berg 4 in Westerscheps; hier: Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses Vorlage: 2011/IV/931
- 7.2. 83. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 170 am Verbindungsweg in Friedrichsfehn;
  Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Feststellungs- und Satzungsbeschlusses Vorlage: 2011/IV/932
- 7.3. 80. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 166 westlich der Gemeindestraße "Am Ortsrand" in Friedrichsfehn; Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Feststellungs- und Satzungsbeschlusses Vorlage: 2011/IV/933
- 8. Beschlussvorschläge aus dem Schulausschuss
- 8.1. Weiterentwicklung der Schullandschaft in der Gemeinde Edewecht Hier: Einführung einer Grundschule mit Oberschule in Friedrichsfehn Vorlage: 2011/I/928
- 9. Beschlussvorschläge aus dem Wirtschafts- und Haushaltsausschuss
- 9.1. Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 einschl. der Festsetzung der Steuerhebesätze Vorlage: 2011/II/938
- 9.2. Investitionsprogramm für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2013 2015

Vorlage: 2011/II/939

9.3. Festsetzung der Abwassergebühr 2012

Vorlage: 2011/II/943

9.4. Gebührenbedarfsberechnung für die Beseitigung von Abwasser aus den Grundstücksabwasseranlagen für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: 2011/II/944

9.5. Festsetzung des Hebesatzes für die Straßenreinigungsgebühr für das Jahr 2012

Vorlage: 2011/II/945

10. Geschäftsordnung

Vorlage: 2011/III/947

11. Veröffentlichung von Unterlagen im Bürgerinformationssystem Vorlage: 2011/III/949

12. Neuwahl eines Bezirksvorstehers sowie dessen Stellvertreterin für den Gemeindeteil Wildenloh Vorlage: 2011/I/953

13. Annahme von Spenden

14. Anfragen und Hinweise

14.1. Berufsstarterklassen

14.2. Staatsforst Wildenloh

14.3. Kommunalwahl 2011

14.4. Neuausschreibung Konzessionsverträge

15. Einwohnerfragestunde

15.1. Oberschule Friedrichsfehn

15.2. Dorfplatz Friedrichsfehn

16. Schließung der Sitzung

## **TOP 1:**

## Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender (RV) Hohnholz eröffnet um 18.00 Uhr die heutige Sitzung des Rates und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung, den neu gewählten Bezirksvorsteher für die Bauerschaft Wildenloh, Herrn Hermann Lohbeck, dessen Vertreterin Katja Herrmann sowie die scheidende Bezirksvorsteherin Gudula Bürger, die Vertreter der an dem Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" teilnehmenden Dörfer sowie Frau Grove-Mittwede von der Nordwest-Zeitung und die weiteren Zuhörer.

## **TOP 2:**

# Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ratsmitglieder

RV Hohnholz stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

Durch namentlichen Aufruf wird festgestellt, welche Mitglieder des Rates anwesend sind.

#### **TOP 3:**

# Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

RV Hohnholz stellt fest, dass der Rat aufgrund ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist und dass nach der mit der Einladung übersandten Tagesordnung verfahren werden soll.

Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

## **TOP 4:**

Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 07.11.2011

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

#### **TOP 5:**

Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Anregungen und Beschwerden an den Rat

Der Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

#### TOP 6.

# Personelle Änderungen in der Zusammensetzung von Fachausschüssen

RV Hohnholz erläutert, dass entsprechend der Beschlussfassung des Rates vom 07.11.2011 dem **Kinder- und Jugendausschuss** zwei Vertreter der in der

Jugendarbeit tätigen freien Träger mit beratender Stimme angehören. Von der evangelisch-freikirchlichen Baptistengemeinde Jeddeloh I ist daraufhin Herr Siegmund Murer vorgeschlagen worden. Herr Murer ist seit dem 01.11.2011 Pastor der Baptistengemeinde. Weitere Vorschläge liegen nicht vor, sodass der weitere Sitz zunächst unbesetzt bleibt.

Der Rat fasst sodann nach kurzer Aussprache einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden **Beschluss:** 

Die Ausschussbesetzung des Kinder- und Jugendsausschusses wird gem. § 71 Abs. 5 NKomVG festgestellt.

RV Hohnholz erläutert weiter, dass zum **Schulausschuss** ferner je ein Vertreter der Lehrer-, Eltern- und Schülervertretung nach § 110 Nieders. Schulgesetz (NSchG) gehören. Nach den entsprechenden Wahlen der Schulgremien wurden von dort folgende Vertreter benannt:

Lehrervertreter: Egbert Kosmis.

Stellvertreter: N.N.

Elternvertreter: Petra Reiners

Stellvertreter: N.N.

Schülervertreter: N.N.

Auf Nachfrage erklärt RH Dr. Fittje für die SPD-Fraktion, dass er anstelle von RH Krüger den Sitz im **Wirtschafts- und Haushaltsausschuss** wahrnehmen werde. Herr Krüger wird als stellvertretendes Mitglied benannt.

Sodann fasst der Rat einstimmig seinen Feststellungsbeschluss gem. 71 Abs. 5 NKomVG.

#### TOP 7:

Beschlussvorschläge aus dem Bauausschuss

#### **TOP 7.1:**

Bebauungsplan Nr. 175 "Photovoltaik" auf dem Gelände der ehemaligen Raketenstation, Hübscher Berg 4 in Westerscheps;

hier: Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und

**Erarbeitung des Satzungsbeschlusses** 

Vorlage: 2011/IV/931

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss:**

 Zu den während der öffentlichen Auslegung des Bebauungsplanes Nr. 175 in der Zeit vom 07.10.2011 bis 07.11.2011 eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird im Sinne der Beschlussvorlage zur Sitzung des Bauausschusses am 05.12.2011 entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.

- 2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 175, der aufgrund der Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) in der zur Zeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird in der vorgelegten Form als Satzung beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Bebauungsplan durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland in Kraft zu setzen.
- einstimmig beschlossen -

# **TOP 7.2:**

83. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 170 am Verbindungsweg in Friedrichsfehn;

Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Feststellungs- und Satzungsbeschlusses

Vorlage: 2011/IV/932

Nach kurzer Erläuterung durch GOAR Kahlen führt RH Apitzsch aus, dass seine Fraktion dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne. Aus seiner Sicht sei die Einbeziehung der Flächen am Roten Steinweg städtebaulich nicht begründet und aus ökologischer und kleinklimatischer Sicht nicht sinnvoll, zumal das bestehende Freiraum- und Siedlungskonzept an dieser Stelle keine Bebauung vorsehe. GOAR Kahlen geht erörternd darauf ein, dass das angesprochen Konzept lediglich eine unverbindliche Empfehlung gewesen sei, die vor einigen Jahren im Zusammenhang mit der Stadt Oldenburg im Hinblick auf die Stadtumlandentwicklung erarbeitet worden sei. Im Übrigen würden die erforderlichen Waldabstandsflächen eingehalten werden.

Sodann fasst der Rat folgenden

## **Beschluss:**

- 1. Zu den während der öffentlichen Auslegung zur 83. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 170 eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird im Sinne der Beschlussvorlage zur Sitzung des Bauausschusses am 05.12.2011 entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.
- 2. Der Entwurf der 83. Änderung des Flächennutzungsplanes, der aufgrund der Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) in der zur Zeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird einschließlich Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB in der vorgelegten Form festgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung dieser Flächennutzungsplanänderung beim Landkreis Ammerland zu beantragen.
- 3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 170, der aufgrund der Vorschriften des BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird in der vorgelegten Form als Satzung mit Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Bebauungsplan nach Genehmigung der 83. Änderung des

Flächennutzungsplanes durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland in Kraft zu setzen.

- mehrheitlich beschlossen - Nein 2

## **TOP 7.3:**

80. Änderung des Flächennutzungsplanes und Bebauungsplan Nr. 166 westlich der Gemeindestraße "Am Ortsrand" in Friedrichsfehn; Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und

**Erarbeitung des Feststellungs- und Satzungsbeschlusses** 

Vorlage: 2011/IV/933

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

## **Beschluss:**

- 1. Zu den während der öffentlichen Auslegung zur 80. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Bebauungsplan Nr. 166 eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird im Sinne der Beschlussvorlage zur Sitzung des Bauausschusses am 05.12.2011 entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.
- 2. Der Entwurf der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes, der aufgrund der Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) in der zur Zeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird einschließlich Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 6 Abs. 5 BauGB in der vorgelegten Form festgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Genehmigung dieser Flächennutzungsplanänderung beim Landkreis Ammerland zu beantragen.
- 3. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 166, der aufgrund der Vorschriften des BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird in der vorgelegten Form als Satzung mit Begründung und zusammenfassender Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Bebauungsplan nach Genehmigung der 80. Änderung des Flächennutzungsplanes durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland in Kraft zu setzen.
- einstimmig beschlossen -

#### TOP 8:

Beschlussvorschläge aus dem Schulausschuss

#### **TOP 8.1:**

Weiterentwicklung der Schullandschaft in der Gemeinde Edewecht Hier: Einführung einer Grundschule mit Oberschule in Friedrichsfehn

Vorlage: 2011/I/928

Einleitend geht BM Lausch insbesondere darauf ein, dass die Beschränkung der Zügigkeit derzeit noch nicht gelöst werden konnte. Der Gesetzgeber sei bislang

davon ausgegangen, dass die Oberschule eine vorhandene Regelschule ersetze. Das Edewechter Modell sehe aber vor, dass die Oberschule als zusätzliches Angebot geschaffen würde. Die Kapazitäten am Standort Friedrichsfehn seien allerdings dauerhaft nur für eine Zweizügigkeit ausgelegt. Die rechtliche Problematik werde derzeit sowohl in der Landesschulbehörde als auch im zuständigen Ministerium geprüft.

Für die CDU-Fraktion spricht sich RF Greulich für die Einrichtung einer Oberschule am Standort Friedrichsfehn aus. Dadurch würde die Schullandschaft in der Gemeinde erweitert und die Kinder könnten bis zur sechsten Klasse ohne Leistungseinteilung beschult werden. Zudem werde das Angebot der Ganztagsbetreuung weiter ausgebaut. Positiv herauszustellen sei ferner, dass das Kollegium in Friedrichsfehn das vorliegende Konzept fast ausnahmslos mittrage.

Für die Fraktion der Grünen spricht sich RH Heiderich-Willmer ebenfalls für die Einrichtung einer Oberschule am Standort Friedrichsfehn aus. Dies sei ein guter Schritt in Richtung integrativer Beschulung.

RH Dr. Fittje macht für die SPD-Fraktion deutlich, dass man nicht gegen die Oberschule sei, sondern ein Gesamtkonzept fordere. Dies setze nach seiner Auffassung voraus, dass die Eltern nicht nur zur Oberschule sondern auch zu möglichen Alternativen befragt würden. Ferner müsse man bedenken, dass die Einrichtung einer Oberschule in Friedrichsfehn Auswirkungen auf die gesamte Schullandschaft in Edewecht habe. Deswegen sei es letztlich auch erforderlich, alle Eltern zu befragen. Seine Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

RH Apitzsch betont, die UWG-Fraktion beurteile das vorliegende Konzept einer Oberschule in Friedrichsfehn positiv. Aus seiner Sicht sei dies der Beginn einer integrativen Beschulung. Die Hauptschule habe sich mittlerweile überlebt und sollte nicht weitergeführt werden. Die Einrichtung einer IGS im Ammerland müsse aber weiter vorangetrieben werden.

Sodann fast der Rat folgenden

## **Beschluss:**

- 1. Die Gemeinde Edewecht beabsichtigt, zum Schuljahr 2012/13 am Schulstandort Friedrichsfehn, Schulstraße, eine Grundschule mit Oberschule als teilgebundene Ganztagsoberschule unter der Voraussetzung einzurichten, dass diese Oberschule als eine zweizügige Angebotsschule geführt werden kann. Der notwendige Genehmigungsantrag soll vorbereitet werden.
- 2. Der Schuleinzugsbereich der Oberschule soll das Gemeindegebiet umfassen. Die Satzung über die Schuleinzugsbereiche wäre entsprechend zu ergänzen.
- 3. Der notwendige Sanierungs- und Investitionsbedarf ist zu ermitteln und dem Fachausschuss zur nächsten Sitzung zur weiteren Beratung vorzustellen.
- 4. Im Rahmen der Ausgabe der Halbjahreszeugnisse des jetzigen 4. Schuljahrganges im Februar 2012 soll in die Trendabfrage bezüglich der Wahl der weiterführenden Schulen die Abfrage der Anwahl der Oberschule aufgenommen werden. Die Ergebnisse der Trendabfrage sind dem Schulträger von den Grundschulen unverzüglich zu melden. Die Verwaltung wird über die Ergebnisse sodann im nächsten Verwaltungsausschuss berichten.

- einstimmig beschlossen -

Abstimmungsergebnis: Ja 22 Enthaltung 12

#### **TOP 9:**

Beschlussvorschläge aus dem Wirtschafts- und Haushaltsausschuss

#### **TOP 9.1:**

Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 einschl. der Festsetzung der Steuerhebesätze

Vorlage: 2011/II/938

Eingangs der Beratungen erläutert GK Torkel die wesentlichen Positionen des Haushalts für das Jahr 2012 und betont dabei zunächst, dass der Ergebnishaushalt mit einem Volumen von rd. 28,6 Mio. Euro ausgeglichen sei. Als wesentliche Erträge seien zunächst die Grundsteuern A und B mit insgesamt rd. 2,7 Mio. Euro und die Gewerbesteuer mit rd. 4,7 Mio. Euro zu nennen. Bei den Gewerbesteuereinahmen werde man somit nach heutigem Stand den hohen Ansatz in 2011 voraussichtlich nicht wieder erreichen können. Zu betonen sei, dass die Steuerhebesätze im Vergleich zum Vorjahr unverändert blieben. Bei der Einkommensteuer werde der Ansatz unter Zugrundelegung der Orientierungsdaten um 6,3 %-Punkte erhöht und betrage optimistische 5,6 Mio. Euro. Das zu erwartende gute Ergebnis aus 2011 führe dazu, dass die Schlüsselzuweisungen leicht rückläufig seien und mit 3,6 Mio. € veranschlagt werden.

Bei den Aufwendungen seien insbesondere die Personalaufwendungen mit insgesamt rd. 8,7 Mio. Euro und die Sach- und Dienstleistungen mit rd. 8,0 Mio. € anzuführen. Die Kreisumlage sei mit rd. 5,4 Mio. Euro veranschlagt worden. Dabei wurde der bei der Aufstellung des Haushaltsplanes geltende Umlagesatz von 34,5 % herangezogen. Mittlerweile sei dieser aber um 1 %-Punkt erhöht worden. Die daraus resultierenden Mehrbelastungen könnten aber mit gleichzeitig zu erwartenden Verbesserungen aus dem Finanzausgleich aufgefangen werden.

Im Finanzhaushalt stünden u.a. aus Erlösen aus Bauplatzverkäufen, die mit rd. 1,8 Mio. € kalkuliert seien, ca. 6.4 Mio. € für Investitionen zur Verfügung. Diese würden u.a. für den Neubau der Krippe in Friedrichsfehn, die Sanierung der Mehrzweckhalle in Friedrichsfehn und die Erschließung verschiedener Baugebiete verwandt.

Hervorzuheben sei insbesondere die erfreuliche Entwicklung des Schuldenstandes, der Ende 2012 unter 6 Mio. € liegen werde. Der Großteil mit rd. 5,6 Mio. Euro stelle sich zudem als zinsloses Darlehen der Kreisschulbaukasse dar, sodass letztlich nur Verbindlichkeiten in Höhe von 387.000 Euro aus Mitteln des Kreditmarktes bestehen. Daraus resultiert auch die überaus niedrige Zinsbelastung von lediglich rd. 23.000 € im Jahr.

Das Investitionsprogramm der Jahre 2012 bis 2015 sehe Ausgaben in Höhe von rd. 3,6 Mio. € und im weiteren rd. 3,8 Mio. € bzw. rd. 2 Mio. € vor.

In seinem Fazit geht GK Torkel darauf ein, dass für die Entwicklung des Ergebnishaushalts die Mai-Steuerschätzung abzuwarten sei. Möglicherweise könne sich dann Spielraum für weitere dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen ergeben. Im Finanzhaushalt könne man aus eigener Kraft über 6 Mio. € für

Investitionen aufbringen. Insgesamt könne von einem positiven und soliden Haushalt gesprochen werden. Dabei dürfe aber nicht die bereits angesprochene lange Liste von Sanierungsmaßnahmen vergessen werden, die es weiterhin abzuarbeiten gelte. Auch wenn sie mit dem Haushalt 2012 wieder ein Stück kürzer werde, werde die sog. Prioritätenliste weitergeführt. Abschließend bittet GK Torkel den Gemeinderat um Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012.

Für die CDU-Fraktion spricht RH Lüers vorab die Zustimmung zum Haushalt 2012 aus. Im Weiteren geht er sodann detailliert auf die wesentlichen Positionen des Haushaltsplanes ein. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf die erfreulich niedrigen Hebesätze der Gemeinde Edewecht hin, die auch landesweit zu den niedrigsten zählten. Gleiches gelte im Übrigen auch für die Gebührensätze, die auch in 2012 unverändert blieben. Aus seiner Sicht sei allerdings genau zu beobachten, ob die optimistische Einschätzung bei der Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auch tatsächlich eintreffe. Die Entwicklung des Schuldenstandes sei weiter rückläufig. Insbesondere sei zu beachten, dass der Anteil von Kreditmitteln aus der Finanzwirtschaft mit nur rd. 380.000 € sehr gering sei, was wiederum zu einer sehr geringen Zinsbelastung führe. Seine Fraktion sei daher mit der Haushaltspolitik mehr als zufrieden und spreche dem Kämmerer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus.

RH Dr. Fittje hebt für die SPD-Fraktion hervor, dass trotz eines ausgeglichenen positiven finanziellen einer grundsätzlich Situation Entscheidungsspielraum für den Rat relativ gering sei. Dies sei vor allem darauf zurückzuführen, dass die vorhandenen Mittel durch gesetzliche Vorgaben und dringend notwendiger Sanierungsmaßnahmen gebunden seien. Herauszustellen sei, dass die Gemeinde seit über 20 Jahren keine Kredite mehr auf dem Kreditmarkt aufgenommen habe. Es zahle sich die bewährte Praxis aus, sich nur das zu leisten, was man sich auch leisten kann und bei den anderen Dingen solange zu warten, bis man sie sich leisten kann. Für ihn sei dieser Haushalt allerdings nur von geringer Haltbarkeit, weil nach der Steuerschätzung im Mai ein Nachtragshaushalt aufzustellen sei, der hoffentlich weitere Maßnahmen enthalten könne. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag zustimmen.

Für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen weist RH Heiderich-Willmer noch einmal auf die großen Sanierungsaufgaben hin, die es abzuarbeiten gelte. Es gehöre allerdings zum verantwortungsvollen Umgang mit den Einnahmen, nur die Maßnahmen umzusetzen, die man sich auch leisten könne. Kritisch zu hinterfragen sei nach seiner Auffassung die Finanzierung von Maßnahmen aus Verkaufserlösen von Wohnbau- und Gewerbegrundstücken. Diese Methode sei nicht unbegrenzt anwendbar, weil man schlicht irgendwann an Gemeindegrenzen stoße. Gleichwohl sei eine verantwortungsvolle und angemessene Weiterentwicklung von Wohnungsbau und Gewerbe zu ermöglichen. Zudem müsse man sich über alternative Einnahmen beispielsweise aus erneuerbaren Energien Gedanken machen. Seine Fraktion werde dem Haushaltsentwurf für 2012 daher zustimmen.

Sodann fast der Rat folgenden

#### Beschluss:

Dem mit der Einladung zur Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 06.12.2011 übersandten Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2012 wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren abzuwickeln.

- einstimmig beschlossen -

## **TOP 9.2:**

Investitionsprogramm für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2013 - 2015

Vorlage: 2011/II/939

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

## **Beschluss:**

Der vorliegende Entwurf des Investitionsprogramms für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2013 – 2015 wird festgestellt.

- einstimmig beschlossen -

#### **TOP 9.3:**

Festsetzung der Abwassergebühr 2012

Vorlage: 2011/II/943

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss:**

Der mit der Einladung zur Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 06.12.2011 übersandte Entwurf der Gebührenbedarfsberechnung für die Abwassergebühr 2012 wird festgestellt. Die Abwassergebühr bleibt unverändert.

- einstimmig beschlossen -

## **TOP 9.4:**

Gebührenbedarfsberechnung für die Beseitigung von Abwasser aus den Grundstücksabwasseranlagen für das Haushaltsjahr 2012

Vorlage: 2011/II/944

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

#### Beschluss:

Die mit der Einladung zur Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 06.12.2011 übersandte Gebührenbedarfsberechnung über die Gebühren zur Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen wird festgestellt.

Die Gebühren bleiben unverändert.

- einstimmig beschlossen -

#### **TOP 9.5:**

Festsetzung des Hebesatzes für die Straßenreinigungsgebühr für das Jahr 2012

Vorlage: 2011/II/945

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss:**

Die Straßenreinigungsgebühr beträgt ab dem 1. Januar 2012 unverändert 0,78 € je Meter Straßenfront.

- einstimmig beschlossen -

## **TOP 10:**

Geschäftsordnung Vorlage: 2011/III/947

Zu Beginn der Aussprache geht RF Taeger auf die zur Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 13.12.2011 vorgelegten Änderungen der Geschäftsordnung ein. Für sie seien die Änderungen zu § 16 und § 17 nicht nachvollziehbar. Eine Beschränkung des TOP Anfragen und Hinweise in der Form, dass beispielsweise die Begründung von Anträgen nicht zulässig sein solle, halte sie für unangebracht. Zudem stelle sich ihr die Frage, warum die Empfehlung des Nds. Städte- und Gemeindebundes, in der Einwohnerfragestunde die Beantwortung von Fragen durch Ratsmitglieder zuzulassen, nicht umgesetzt werden solle.

RH Apitzsch schließt sich den Ausführungen RF Taegers an und schlägt vor, die Beantwortung von Fragen in der Einwohnerfragestunde durch Ratsmitglieder zumindest probeweise zuzulassen.

RH Martens weist darauf hin, dass der TOP Anfragen und Hinweise grundsätzlich für allgemeine Dinge und nicht für politische Diskussionen gedacht sei. Politische Auseinandersetzungen sollten insofern auch weiterhin zu den jeweiligen Sachpunkten der Tagesordnung stattfinden. In der Einwohnerfragestunde seien im Übrigen auch in der Vergangenheit die Fragen ausschließlich durch die Bürgermeisterin zu beantworten gewesen. Es könne nicht gewünscht sein, dass die Einwohnerfragestunde nun möglicherweise dazu missbraucht werde, gezielt einzelne Ratsvertreter vorzuführen. Er plädiere demzufolge dafür, die Geschäftsordnung entsprechend der Beschlussempfehlung aus dem VA zu beschließen.

BM Lausch weist erörternd darauf hin, dass die Ergänzung zu § 16, Anfragen zu denen eine Antwort in der Sitzung erwartet wird, fünf Tage vorher schriftlich einzureichen, einer Erhöhung der Qualität der Auskunft dienen solle. Ansonsten sei der Punkt "Anfragen und Hinweise" auch ihrer Ansicht nach für größere Aussprachen und Diskussionen nicht geeignet. Eingebrachte Anträge würden im Übrigen sodann in einer folgenden Sitzung ausgiebig diskutiert werden können. Weil sie hinsichtlich der Regelung zu § 17 beiden Varianten zustimmen könne, werde sie sich in dieser Frage enthalten und bittet daher um getrennte Abstimmung.

Sodann lässt RV Hohnholz zunächst über die Änderungsanträge der SPD-Fraktion abstimmen. Dabei verfällt der Antrag, § 16 in der Fassung der in der konstituierenden

Sitzung beschlossenen vorläufigen Geschäftsordnung zu belassen, bei 13 Ja-Stimmen und 20 Nein-Stimmen und der Antrag, § 17 in der Fassung der in der konstituierenden Sitzung beschlossenen vorläufigen Geschäftsordnung zu belassen, bei 13 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und einer Enthaltung der Ablehnung des Rates.

Sodann fasst der Rat folgenden

## Beschluss:

Der zur Sitzung des Verwaltungsausschusses am 13.12.2011 vorgelegte Entwurf einer Geschäftsordnung wird beschlossen.

- mehrheitlich beschlossen -

Abstimmungsergebnis: Ja 20 Nein 13

#### **TOP 11:**

Veröffentlichung von Unterlagen im Bürgerinformationssystem

Vorlage: 2011/III/949

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

## Beschluss:

Folgende Unterlagen werden ab sofort im Bürgerinformationssystem veröffentlicht:

- öffentliche Vorlagen nebst Anlagen (in der Regel am Freitag vor der Sitzung, mithin 3 bis 4 Tage vorher),
- die vollständigen Protokolle zu den öffentlichen Teilen der Sitzungen der Fachausschüsse und des Rates.
- einstimmig beschlossen -

## **TOP 12:**

Neuwahl eines Bezirksvorstehers sowie dessen Stellvertreterin für den Gemeindeteil Wildenloh

Vorlage: 2011/I/953

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

#### Beschluss:

Die Wahl des Hermann Lohbeck, geb. am 26.03.1951, wohnhaft Heideweg 6, Wildenloh, zum Bezirksvorsteher des Gemeindeteils Wildenloh sowie der Katja Herrmann, geb. am 16.04.1964, wohnhaft Eibenstr. 25, Wildenloh, zur stellvertretenden Bezirksvorsteherin des Gemeindeteils Wildenloh wird bestätigt.

- einstimmig beschlossen -

## **TOP 13:**

## **Annahme von Spenden**

Der Annahme folgender Spende wird zugestimmt:

Pro Humanität e.V.	Alten- und Pflegeheim	2.500,00 €
	Erstellung Märchenpark	

- einstimmig beschlossen -

## **TOP 14:**

# **Anfragen und Hinweise**

## **TOP 14.1:**

## Berufsstarterklassen

RH Brunßen erkundigt sich, warum seitens der Edewechter Haupt- und Realschule keine Schüler mehr für die Berufsstarterklassen benannt werden.

## **TOP 14.2:**

#### Staatsforst Wildenloh

RF Exner weist darauf hin, dass im Staatsforst Wildenloh eine umfangreiche Entsorgung von Hausmüll stattgefunden habe. Sie bittet in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob die Wege mit Schlagbäumen gesperrt werden können. BM Lausch bittet, entsprechende Hinweise über illegale Müllentsorgung zeitnah dem Ordnungsamt – gerne auch per E-Mail – mitzuteilen. Das Aufstellen von Schlagbäumen falle in den Zuständigkeitsbereich der Forstverwaltung.

## **TOP 14.3:**

## Kommunalwahl 2011

Auf Anfrage der UWG-Fraktion, die in schriftlicher Form dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist, erläutert BM Lausch klarstellend, zur vergangenen Kommunalwahl sei die Zahl der zu wählenden Vertreter nicht erhöht worden. Es wurde lediglich von der Möglichkeit, die Zahl der zu wählenden Ratsfrauen und Ratsherren zu verringern, abgesehen. Die Aufwandsentschädigungen für zwei Ratsmitglieder betragen pro Jahr rd. 6.300 € Die Frage, wie die einzelnen Bauerschaften im Rat vertreten gewesen wären, wenn die Zahl der Vertreter reduziert worden wäre, lasse sich u. a. deswegen nicht beantworten, weil es dann nur einen Wahlbereich gegeben hätte.

Weitergehende Informationen sind der dieser Niederschrift beigefügten Anlage zu entnehmen.

## **TOP 14.4:**

## Neuausschreibung Konzessionsverträge

Auf Anfrage RH Dr. Fittjes erläutert BM Lausch, der Bericht der NWZ über die gemeinsame Ausschreibung der Konzessionsverträge durch die Gemeinden Bad Zwischenahn, Edewecht und Westerstede entspreche der Beschlussfassung aus der Sitzung des Rates vom 31.10.2011, zur Verfahrens- und Kostenoptimierung ein paralleles Wettbewerbsverfahren mit mehreren Ammerland-Gemeinden durchzuführen.

## **TOP 15:**

## Einwohnerfragestunde

## **TOP 15.1:**

#### Oberschule Friedrichsfehn

Auf eine Anfrage von Frau Kirsten Jacobs weist BM Lausch klarstellend darauf hin, dass die Kinder nicht durchgehend von der ersten bis zur sechsten Klasse beschult würden, sondern bis zur sechsten Klasse keine Leistungsdifferenzierung vorgenommen werde. Eine Durchmischung der Klassenverbände werde mit dem Wechsel in das fünfte Schuljahr erfolgen.

# **TOP 15.2:**

# **Dorfplatz Friedrichsfehn**

Herr Wilfried Frerichs kritisiert, dass der Versuch, einen Baum auf dem Gelände des alten Sportplatzes in Friedrichsfehn dadurch zu erhalten, dass dieser mehr als einen Meter tief eingekuhlt wurde, zum Scheitern verurteilt sei. Im Übrigen sammele sich in dieser Kuhle allerlei Unrat und Laub, welches regelmäßig zu entsorgen sei.

#### **TOP 16:**

# Schließung der Sitzung

Zum Abschluss der Sitzung werden die Vertreter der an dem Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft" teilnehmenden Dörfer Husbäke, Jeddeloh I, Jeddeloh II, Klein Scharrel und Süddorf für die umfangreich geleistete Arbeit durch Bürgermeisterin Lausch geehrt. Zudem erhalten alle Dörfer jeweils einen Scheck über 250,00 € und ein Präsent überreicht.

Sodann schließt RV Hohnholz den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung um 20:26 Uhr.

Hohnholz Lausch Pannemann Ratsvorsitzender Bürgermeisterin Protokollführer